

## Deutsche Volkspolizei – einzig antifaschistische Polizei auf deutschem Boden

Von Generalmajor a. D. Dieter Winderlich, letzter Chef der DVP

In diesem Jahr jährt sich zum 65. Mal der Jahrestag der Gründung der Deutschen Volkspolizei (DVP). In der sowjetischen Besatzungszone war es das Vertrauen der Sieger über den Faschismus in die deutschen Antifaschisten aus den Zuchthäusern, Konzentrationslagern und der Emigration, dass gerade sie mit der Bildung einer antifaschistischen Polizei beauftragt wurden. Die Geburtsurkunden der Deutschen Volkspolizei waren die Befehle der sowjetischen Militärkommandanten in den Kommunen und Ländern. Als Dokument für den Tag der Deutschen Volkspolizei in der DDR galt der Befehl des Militärkommandanten der Stadt Berlin, Generaloberst Bersarin, vom 25. Mai 1945, in dem die Bildung eines Schutzpolizeiapparates bis zum 1. Juni befohlen wurde. So wurde zunächst der 1. Juni zum Ehrentag der DVP erklärt. Zugunsten des Internationalen Kindertages wurde er später auf den 1. Juli gelegt.

Bei Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 war die Deutsche Volkspolizei das einzige bewaffnete Organ, über das der Staat verfügte. So wurde sie zur Mutter der zu schaffenden Schutz- und Sicherheitsorgane der DDR (NVA, Grenztruppen, Staatssicherheit, Zoll). Unterpfand dafür, dass sich die neue Polizei als eine antifaschistische Polizei des Volkes entwickelt, waren die Beschlüsse der KPD, später SED, die schützende Hand der sowjetischen Befreier und der Einsatz von Antifaschisten in Führungsfunktionen aller Ebenen. Dafür sprechen nicht nur die Namen der Chefs der DVP Dr. Kurt Fischer (1949), Karl Maron (1950) und Friedrich Dickel (1963), sondern tausend andere. Ich kenne sowohl Herbert Grünstein, Willi Seifert und viele andere Antifaschisten aus gemeinsamer Arbeit. In regelmäßigen Abständen lud Minister Dickel alle Spanienkämpfer, die später in den Reihen der DVP dienten, zu einem Empfang.

Bei solchen Antifaschisten an der Spitze der Volkspolizei hatten »berufserfahrene« Experten aus der faschistischen Polizei, Gestapo, Feldgendarmerie, Wehrmacht und SS keine Möglichkeiten, der Polizei des Volkes beizutreten.

In den westlichen Besatzungszonen dagegen standen ihnen, wie neueste Eingeständnisse von BND und Verfassungsschutz belegen, Tür und Tor offen. Es war deshalb eine gigantische Leistung, die Polizei eines neuen Staates aus berufsfremden Personen aufzubauen und zu einem wirkungsvollen Organ der öffentlichen Sicherheit zu entwickeln. Eingestellt wurden vor allem junge Arbeiter und Bauern. Mein Vater war 1947 Arbeiter am Carbidofen der Bunawerke im 3-Schichtdienst. Er wurde für die neue Polizei geworben, in Kurzlehrgängen geschult und in der Tätigkeit weitergebildet. Er war Volkspolizist im Gruppenposten Frankleben (Kreis Merseburg) und später Gruppenpostenleiter in Kitzen (Kreis Leipzig/Land). 1949 kamen 83 % aller Volkspolizisten aus der Arbeiterklasse.

Die ersten zehn Jahre waren für alle Dienstzweige der DVP die schwersten. Es mangelte ja nicht nur an berufserfahrenem Personal, sondern auch an Ausrüstung und einer kriminalpolizeilich-wissenschaftlichen Basis. Die sowjetischen Berater und die Zusammenarbeit mit Experten der Sowjetarmee halfen über viele Hürden hinweg. Es ist deshalb unverständlich, wenn heute westdeutsche Aktenforscher einzelne schwere Kriminalfälle aus jener Zeit ausgraben und die Fehler der Kriminalisten und deren Vorgesetzten anprangern und zum Beweis ihrer Unrechtsstaatsbehauptungen machen. Fehler in der kriminalistischen Spurensicherung und Justizirrtümer gab es damals, sie gibt es aber leider auch heute.

Der Name Volkspolizei symbolisiert Herkunft, Standort und Auftrag der neuen Polizei. Es war die Wechselwirkung zwischen Volk und Polizei, die diese stark machte. Volkspolizisten halfen den Bauern bei der Bodenreform und bei der Ernte. Die Losung: »Max braucht Wasser« erreichte auch die Angehörigen der Volkspolizei. Sie bauten an der Maxhütte Unterwellenborn, an der Talsperre Sosa und anderen Schwerpunkten mit. Bei Naturkatastrophen standen sie an der Seite der bedrohten Menschen. Sie schützten die Menschen vor kriminellen Handlungen, setzten

Recht und Ordnung durch und packten mit an beim Aufbau der neuen Gesellschaft.

Das Volk schickte seine Söhne und Töchter zur Volkspolizei und unterstützte aktiv deren Arbeit. Ende der achtziger Jahre arbeiteten 470.000 Bürger in Sicherheitsaktivitäten mit (z.B. Verkehrssicherheitsaktive, Aktive Ordnung und Sicherheit). Als VP-Helfer waren 135.000 Frauen und Männer zugelassen. Man könnte noch weitere unterstützende Aktivitäten hinzuzählen, z.B. die Hausbuchbeauftragten. Wo gab es jemals in Deutschland eine so große freiwillige und bewusste Unterstützung der Arbeit der Polizei? Die Volkspolizei war fest im Leben der Gemeinschaft verankert, wovon nicht nur die 5.600 Volkspolizisten zeugten, die Abgeordnete aller Ebenen waren. Orchester, Chöre und Singegruppen der DVP gehörten zu Volksfesten ebenso, wie der ABV beim LPG-Vergnügen. Es war ein Gefühl der gelebten und erlebten Gemeinsamkeiten.

Wichtigstes Bindeglied war das 1952 geschaffene System der Abschnittsbevollmächtigten. Diese Polizisten in den Dörfern, Städten und Stadtbezirken waren der Ansprechpartner für alle Sorgen der Bürger in Sachen ihrer Sicherheit. Man nannte sie liebevoll nur ABV. Wenn auch nicht immer jeder ABV die Erwartungen der Bürger erfüllte, so denken doch viele Ostdeutsche heute gerne daran zurück, als sie noch einen Ansprechpartner vor Ort hatten. Nachdem 1990 das ABV-System zerschlagen wurde, begann man in einigen neuen Bundesländern mit der Einrichtung von »Kontaktbeauftragten« bei der Polizei in größeren Städten, ohne die alte Akzeptanz je zu erreichen.

Die einzelnen Dienstzweige der DVP entwickelten sich zu einem effektiven und wirkungsvollen Instrument bei der Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit und der Kriminalitätsbekämpfung.

Die politische Krise der DDR im Jahre 1989 ergriff auch die Deutsche Volkspolizei. Die ungelösten politischen Widersprüche und die Gelähmtheit der politischen und staatlichen Führungsorgane, vor allem des Politbüros der SED, wurden auf die Sicherheitsorgane abgewälzt.

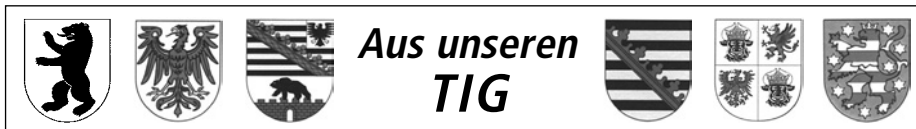
Entscheidungen des Generalsekretärs der SED, bzw. des Politbüros verschärfte die Situation und die Sicherheitslage. So hatte z.B. die (ohne Konsultation mit dem Innenminister) getroffene Entscheidung zu den Sonderzügen aus der Prager Botschaft verheerende Folgen für die öffentliche Ordnung und die Bahnsicherheit. Eine Fahrt von Prag direkt in die BRD hätte dem Ansehen der DDR weniger geschadet. Erstmalig musste die Volkspolizei mit massiver Gewalt vorgehen. Das gewaltsame Vorgehen gegen Massendemonstrationen aus der eigenen Bevölkerung sprengte den Rahmen der fünfzigjährigen Entwicklung der Volkspolizei. Sie war darauf weder politisch-moralisch und psychologisch noch taktisch und ausrüstungsmäßig vorbereitet. Die angewendete polizeiliche Gewalt

➤➤➤ Fortsetzung von Seite 1

war – von Ausnahmen abgesehen – angesichts der bedrohten höheren Rechtsgüter notwendig und angemessen. Die heute gern verbreiteten Geschichten von einer befehlsmäßig prügeln- den Volkspolizei-Meute gehören in das Reich maßloser Übertreibungen. Ich war 1990 mit allen Chefs der Bezirksbehörden der DVP und anderen Führungskadern in Bayern zu einem Kurzlehrgang. Dort zeigte man uns die Einsatzunterlagen, Polizeifilme und Auswertungen zu den Polizeieinsätzen gegen die Gegner des Atomkraftwerkes Wackersdorf. Dieses massive und gewaltsame Vorgehen der Polizei (es gab mehrere Tote) war nach bayrischer Bewertung »rechtsstaatlich«. Im Vergleich mit dem Vorgehen der Volkspolizei in Berlin und Dresden war

Wackersdorf ein Sturm und Berlin/Dresden ein lauer Sommerwind.

Mit dem Ende der DDR endete die Geschichte der Polizei des Volkes. Die Volkspolizisten wurden »abgewickelt«, d.h. in die Arbeitslosigkeit entlassen. Nur ein Teil der unteren Offiziersdienstgrade und der Wachtmeister konnte sich für die Polizei der neuen Länder oder des Bundes bewerben und wurde unter Zurückstufung seines Dienstgrades eingestellt. Die Volkspolizei aber lebt weiter in den Köpfen der Ostdeutschen. Sichtbares Zeichen sind die Traditionsvereine mit ihren regelmäßigen öffentlichen Treffen (z.B. Verkehrspolizei, Fahrzeuge und Technik in der VP, Feuerwehr DDR) und die privat betriebenen Museen Deutsche Volkspolizei. Den Satz: »Ich bin stolz, Volkspolizist gewesen zu sein« hört man immer öfter. □



Auf Einladung der Vorstände und Sprecherräte der territorialen Gruppen **Marzahn und Hellersdorf von GBM, GRH und ISOR** fand am 05.05.2010 eine festliche Veranstaltung aus Anlass des 65 Jahrestages der Befreiung vom deutschen Faschismus statt. Die Resonanz war noch größer, als wir erwartet hatten, alle Plätze waren bald besetzt und zusätzliche Stuhlreihen mussten aufgestellt werden. Als Gäste unserer Veranstaltung konnten wir Prof. Dr. Moritz Mebel und seine Ehefrau, Prof. Dr. Sonja Mebel, begrüßen.

Mit seinen einleitenden Worten würdigte der Versammlungsleiter den Kampf der in der Antihitlerkoalition vereinten Staaten und Völker. Besonderen Dank richtete er an die Völker der Sowjetunion, die die Hauptlast dieses Krieges trugen, unermessliche Opfer brachten und uns in den folgenden Jahren beim Aufbau einer neuen Ordnung im Osten Deutschlands hilfreich zur Seite standen. Der 8. Mai, der im offiziellen Sprachgebrauch der Regierenden zum »Tag des Kriegsendes« degradiert wird, bleibt für uns der Tag der Befreiung.

Höhepunkt der Festveranstaltung waren die Ausführungen von Prof. Dr. Moritz Mebel, der als Angehöriger der Roten Armee von der Wolokolamsker Chaussee vor Moskau über die verschiedensten Schlachtfelder bis hin zum Fernen Osten der Sowjetunion an vielen Schlachten beteiligt war. In bewegenden Worten schilderte er die Schwere der Kämpfe und die Gräueltaten der Faschisten, von SS, Feldgendarmarie und Wehrmacht. Er warnte vor Versuchen der Geschichtsfälschung und den Machenschaften der Neofaschisten in Deutschland. Die Teilnehmer der Festveranstaltung dankten Prof. Dr. Mebel für seine Ausführungen mit großem Beifall.

Mit Beifall wurde die Mitteilung aufgenommen,

dass er von der Regierung der Russischen Föderation mit der »Medaille 65 Jahre Sieg im Großen Vaterländischen Krieg« und vom Außenministerium der Russischen Föderation mit der »Medaille für den Beitrag zur Internationalen Zusammenarbeit« ausgezeichnet wurde.

Dass die Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde Prof. Dr. Moritz Mebel und Prof. Dr. Sonja Mebel mit ihrem Preis für Frieden und Menschenwürde ehren wird, beweist, dass es auch in Deutschland Menschen gibt, die die Leistungen von Moritz und Sonja zu würdigen wissen. **Wilhelm Remiarz**

★

Zum neunten Mal waren wir als TIG **Stendal** mit einem Info-Stand bei der DGB Kundgebung zum 1. Mai im Stendaler Tiergarten vertreten. Unter unserem Transparent »Weg mit dem Rentenstrafrecht« konnten wir mehr als 80 Exemplare von **ISOR aktuell** und andere Materialien verteilen. Der Info-Stand diente gleichzeitig der Vorbereitung des 10. Altmarktreffens der fünf TIG aus den Kreisen Stendal und Salzwedel am 11.09.2010 in Jeggeleben, Kreis Salzwedel. Der stellvertretende Vorsitzende von ISOR, Prof. Dr. Horst Bischoff, hat sein Kommen bereits zugesagt. Wir würden uns freuen, wiederum Vertreter der TIG außerhalb der Altmark und andere Interessenten begrüßen zu können. Diese melden sich bitte bis zum 27.08.2010 bei dem Vorsitzenden der TIG Salzwedel Günter Schuldes (Tel.: 03901/34252) oder bei dem Vorsitzenden der TIG Stendal Eckhard Szabaschus (Tel. 03931/710902). **Helmut Stefan, TIG Stendal**

➤➤➤ Fortsetzung auf Seite 3

### Aus der Arbeit des Vorstandes:

Horst Parton informierte über seine Teilnahme am Parteitag der Partei DIE LINKE in Rostock und ein Gespräch mit ihrer Bundestagsabgeordneten und Rentenexpertin Dr. Martina Bunge. Der Antrag der Partei zur Korrektur der Überleitung von DDR-Alterssicherungen in bundesdeutsches Recht und das Protokoll der ersten Lesung dazu im Bundestag wurde allen Vorstandsmitgliedern zu Kenntnis gegeben. Der Antrag, in dem auch die Abschaffung des Missbrauches von Rentenrecht als politisches Strafrecht gefordert wird, wurde in die Ausschüsse überwiesen.

★

Der Vorstand nahm zur Kenntnis, dass in den Revisionsverfahren beim Bundessozialgericht bisher noch keine Entscheidungen getroffen wurden.

Die Anerkennung von Zulagen und Zuschlägen für die Rentenberechnung erfolgt weiter nur im Land Brandenburg. Nach wie vor gilt aber, dass solche Rentenansprüche nur durch Anträge bzw. Widersprüche/Klagen bei entsprechenden Ablehnungen gesichert werden können. Hinsichtlich der Geltendmachung von Ansprüchen in anderen Bundesländern sind Verfahren bei den Sozialgerichten anhängig. Das betrifft auch ehemalige Angehörige der NVA, der Zollverwaltung und des Mdl.

★

Der Vorstand beschäftigte sich mit der Mitgliederentwicklung, die weiter rückläufig ist, obwohl Austritte durch Neuaufnahmen ausgeglichen werden konnten. Allein in den letzten fünf Jahren sind 2.297 Mitglieder verstorben. Zunehmend treten Fälle auf, wo Mitglieder durch Einweisungen in Pflegeheime oder schwerste Erkrankungen nicht mehr am Vereinsleben teilnehmen können. Der Vorstand empfiehlt, in solchen Fällen eine Streichung der Mitgliedschaft nur dann vorzunehmen, wenn die Betroffenen selbst oder deren Vertretungsbefugte das wünschen und im übrigen auf die Kassierung der Mitgliedsbeiträge zu verzichten.

★

Als Landesbeauftragter berichtete Dr. Gerhard Dylla über Erfahrungen und Ergebnisse der Vereinsarbeit in den Berliner TIG. Unter Einbeziehung von Berliner Mitgliedern des Beirates wurde mit der Realisierung konzeptioneller Vorstellungen zur Festigung der inneren Organisation (z.B. Treffen mit Vertretern der TIG-Vorstände aus den Ländern Berlin und Brandenburg im März 2010) und zum Wirken in der Öffentlichkeit (z.B. Veranstaltung der TIG Marzahn zum 65. Jahrestag der Befreiung) begonnen. ISOR wirkt weiter konstruktiv in sozialen Bündnissen mit und unterhält gute Verbindungen zu den Seniorenvertretungen der Stadtbezirke. Der Vorstand sprach ihm für sein engagiertes Wirken Dank und Anerkennung aus.

➤➤➤ Fortsetzung von Seite 3

★

Am 19.05.2010 fand eine zentrale Beratung der Kassenwarte und Kassenprüfer von territorialen Initiativgruppen aus dem Reg.-Bez. **Chemnitz** mit dem ISOR-Schatzmeister Hans-Peter Speck statt. Er informierte die Teilnehmer über den Stand der aktuellen Mitgliederbewegung und orientierte auf die Gewinnung neuer Mitglieder vor allem im rentennahen Alter. Einen breiten Rahmen nahmen seine Ausführungen zur Kassenbuchführung und Abrechnung ein. Er verwies darauf, bei der Abrechnung alle Posten getrennt aufzuführen und unbedingt die Beiträge und Spenden wegen der unterschiedlichen Besteuerungen der Einnahmen zu trennen. Den Abschluss der Beratung bildete die Besichtigung des restaurierten Barockschlosses und des kunstvoll gestalteten Barockgartens in Lichtenwalde.

**Kassenwart Ullrich Wulf, Kassenprüfer Arndt Steyer, TIG Aue-Schwarzenberg**

★

In der Mitgliederversammlung unserer TIG **Ribnitz-Damgarten/Barth (Zingst/Fischland-Darß)** wurde über den Vortrag von Dr. Rainer Rothe informiert, den er am 25.02.2010 in einer Veranstaltung der TIG Rostock gehalten hat. Die Maßnahmen und Aktivitäten des ISOR-Vorstandes und der Interessenvertretung werden einmütig unterstützt. Die Fortschritte auf dem juristischen Weg bestärken die Zuversicht der Mitglieder, ohne die Schwierigkeiten und Hemmnisse zu verkennen. Fast die Hälfte der Mitglieder ist nicht mehr vom Rentenstraftrecht betroffen. Es war deshalb ein besonderes Anliegen, ihren Beistand und ihre Solidarität zu würdigen. Nicht zuletzt wurde das sichtbar, als zwei von drei Ehrenurkunden des ISOR-Vorstandes

für herausragende Ergebnisse in der »Petitionsaktion« an Nichtbetroffene überreicht werden konnten.

Mit großem Interesse und Zustimmung wurde ein Videovortrag von Herbert Kierstein aufgenommen, der als Mitautor des Buches »Freischützen des Rechtsstaates« u.a. die »Bildungsarbeit in den Gedenkstätten« als Lügen entlarvt und mit vielen Abläufen und Beispielen illustrierte. Beweiskräftig wurde das staatlich gelenkte und mit horrenden Summen finanzierte Netzwerk zur Delegitimierung der DDR erläutert, das fast vollständig auf deren Sicherheitsorgane fokussiert ist.

Zugespitzt: Warum benötigt die Meinungsbeeinflussungsindustrie eine Unmenge Halbwahrheiten und Lügen, um die DDR 20 Jahre (!) nach ihrem Exodus tausendfach im Grab (!) nach ihrem Exodus tausendfach im Grab zu erdolchen? Inhalt und Aussagen von »Freischützen des Rechtsstaates« bestärken uns in unserem Wissen und gleichzeitig der Gewissheit, dass auch wir damit für den Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes für alle Bürger kämpfen.

**Henry Otto**

★

Auf Initiative unseres Freundes Dieter Winderlich, Sprecher der ISOR-Mitglieder **Niedersachsen / Schleswig-Holstein**, weilten 13 Mitglieder und Unterstützer von ISOR vom 30. April bis 02. Mai dieses Jahres im Wohn- und Ferienheim »Heideruh e.V.« in Buchholz in der Nordheide, um sich kennenzulernen und Gedanken auszutauschen. Unsere Mitglieder sind nach dem Beitritt aus familiären Gründen oder weil sie in ihrer Heimat arbeitslos geworden waren, von Ost nach West umgezogen.

Wenn Gleichgesinnte zusammentreffen gibt es keine Distanz. Es entstand sofort ein Gefühl solidarischer Zusammengehörigkeit. In unseren Gesprächen kam immer wieder die ungeteilte Unterstützung der Bemühungen von ISOR im

Kampf um soziale Gerechtigkeit zum Ausdruck.

Die lebhaft unterhaltene, die von fundierter Kenntnis der jüngeren deutschen Geschichte und von dem Wissen um politische Zusammenhänge geprägt war, hätte einen mit Besuchern voll besetzten Saal in Begeisterung versetzen können. Leider konnten einige Mitglieder nicht an dem Treffen teilnehmen, wir übermitteln ihnen auf diesem Wege herzliche Grüße, versichern sie unserer Solidarität und wünschen ihnen beste Gesundheit.

Gemeinsam unternahmen wir am 1. Mai einen Ausflug nach Hamburg und besuchten die »Gedenkstätte Ernst Thälmann«. Ehrenamtliche Mitarbeiter führten uns durch die Ausstellung, die dem Leben und dem politischen Kampf des Vorsitzenden der KPD und einiger seiner Kampfgefährten gewidmet ist. Wir bedankten uns mit einer Solidaritätsspende, die der Arbeit der Gedenkstätte zugute kommen wird und erhielten zum Abschied eine rote Fahne mit dem Bildnis von »Teddy«.

Den Abschluss unseres Ausflugs bildete eine Stadtrundfahrt durch Hamburg, bevor es zurück nach Buchholz ging. Das Wohn- und Ferienheim »Heideruh e.V.« wird durch Geld- und Sachspenden sowie ehrenamtliche handwerkliche und sonstige Dienstleistungen unterhalten. Ohne diese solidarischen Leistungen vieler Gleichgesinnter wäre dieser Verein in der globalisierten Marktwirtschaft, in der nur überleben kann, »was sich rechnet«, wohl nicht überlebensfähig. Wir haben uns mit Optimismus auf die Heimreise begeben und uns gegenseitig versichert, ein solches Treffen zu wiederholen.

Wir senden dem ISOR-Vorstand unsere besten Grüße und bedanken uns für die monatlich erscheinenden Informationen durch **ISOR aktuell**.

Herzliche Grüße an alle Mitglieder und Freunde von ISOR e.V. in Ost und West.

**Bruno Sudy, Nordholz,  
Peter Rausch, Munster**

## Impressum

**Herausgeber:** Vorstand der ISOR e.V.

**Vorsitzender:** Horst Parton

**Redakteur:** Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

**V.i.S.d.P.:** Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

**ISOR aktuell** dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

**Redaktionsschluss:** 26.05.2010

**Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:** 30.06.2010

**Einstellung im Internet:** 09.07.2010

**Auslieferung:** 15.07.2010

**Herstellung:** Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

**Geschäftsstelle der ISOR e.V.**

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

**Postanschrift:** ISOR e.V. – Postfach 700423 – 10324 Berlin

**e-mail:** ISOR-Berlin@t-online.de

**internet:** <http://www.isor-sozialverein.de>

**Bankverbindung:** Berliner Sparkasse  
Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

**Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:**  
Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

**Sprechstunden der AG Recht:**  
Jeden 1. und 3. Donnerstag von 15 bis 17 Uhr